

Antrag 1 zum Bundesrat II 2009

Antragssteller:

Nicht nachGed8!

„Im Mittelpunkt des Lernens muss der Mensch als Kind bzw. als Jugendlicher stehen, seine Selbständigkeit, Selbstachtung und seine Bedürfnisse. Daher ist es nicht in erster Linie Aufgabe der Schule, ihn auf das Leben als berufstätigen Erwachsenen hin zu erziehen. Die Schülerin oder der Schüler sind nicht kleine oder „Noch-Nicht-Erwachsene“ und nicht Objekte der Erziehung, sondern Subjekte des eigenen Lernens.

SchülerInnen sollten über Inhalte und Methoden mitbestimmen. Dabei lernen sie Zusammenarbeit: Das Lernen von PartnerInnen, das Miteinander-Lernen, das Dialogische-Lernen, das Lernen von Jüngeren. Sie erfahren, dass Lernen überhaupt Kommunikation ist.“
(aus dem Grundsatzprogramm „Plattform“ der KSJ, Teil 2, 2.3)

Als katholische Jugendverbände, die die Interessen von SchülerInnen bundesweit vertreten, sehen wir in der gymnasialen Schulzeitverkürzung („G8“) keine Reform, die dem gesellschaftlichen Auftrag und unseren verbandlichen Vorstellungen von Schule entspricht. Vielmehr stehen wir für eine gerechte Schule für Alle.

Als SchülerInnen sind wir ExpertInnen und unmittelbar Betroffene der Reform. Wir erleben die vielschichtigen Probleme und Herausforderungen von G8 hautnah mit und wollen sie in diesem Papier aufzeigen sowie Lösungsansätze und neue Ideen vorschlagen.

Wir sehen die Einführung des G8 kritisch, da die Gestaltung von Schule in ihrem Potential als umfassender Lern- und Lebensraum gefährdet ist. Veränderungen an Schule und Unterricht dürfen nicht auf eine Kürzung von wertvoller Schulzeit als Entwicklungs- und Bildungszeit und einer kompakteren Vermittlung von Unterrichtsinhalten abzielen. Vielmehr muss die Förderung der einzelnen Schülerin und des einzelnen Schülers zu einer eigenen Persönlichkeit im Vordergrund stehen. Wenn eine solch umfassende Bildungsreform erfolgreich umgesetzt werden soll, muss dies vor allem mit den Ideen und Vorstellungen von SchülerInnen und LehrerInnen sowie mit Eltern, VertreterInnen aus Hochschule und Ausbildung geschehen.

Aufgrund dieser Reform erleben und beobachten wir verstärkt folgende Problemfelder für SchülerInnen und Schulen:

- Wir stellen eine nicht ausreichende Kommunikation und Vorbereitung dieses Prozesses fest: Betroffene wurden wenig oder gar nicht in die Überlegungen zur Realisierung des neuen Schulzeitmodells einbezogen. Bereits vor dessen Einführung wurde seitens der Schüler-, Lehrer- und Elternschaft auf verschiedene Problemfelder hingewiesen. Das Fehlen von überarbeiteten Lehrplänen und Schulbüchern stellt bis heute ein zentrales Problem dar. Zudem stehen viele SchulabsolventInnen der doppelten Abschlussjahrgänge besonders in den großen Bundesländern, wie NRW und Bayern, vor der Ungewissheit, wie sich der Übergang in das Studium, bzw. die Ausbildung gestalten wird. Lernende und Lehrende sind mit der Problemlösung vielfach überfordert.
- In zunehmendem Maße werden SchülerInnen den schulischen Anforderungen ohne Hilfe der Eltern und anderen Institutionen (Nachhilfeunterricht, sozialpsychologische Dienste) nicht mehr gerecht. Der finanzielle und/oder zeitliche Mehraufwand für Bildung ist zum Beispiel für Familien mit sozial schwachem Hintergrund oder Alleinerziehende, nicht zu bewältigen. Die soziale Selektion im Bildungssystem verhindert ohnehin bereits zum jetzigen Zeitpunkt Chancengleichheit. Durch G8 wird sich die Situation weiter verschärfen und Chancengleichheit kann nicht gewährleistet

werden (Vgl. Studie "Was wissen wir über Nachhilfe? – Sachstand und Auswertung der Forschungsliteratur zu Angebot, Nachfrage und Wirkungen" vom Berliner Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie (FiBS) im Jahr 2008 und Bildungsbarometer (April 2009) des Zentrums für empirische pädagogische Forschung (Zepf) an der Universität Koblenz-Landau).

- Nicht nur wir als Jugendverbände beobachten durch die erhöhte Arbeitsbelastung verstärkt auftretende Stresskrankheiten (Magenprobleme, Kopfschmerzen, Schlaflosigkeit) bei SchülerInnen (Vgl. Bericht 2008 des Bundesverbandes Deutscher Psychologen (BDP) und Forsa-Erhebung „Schulstress“ (Dezember 2008) im Auftrag der Deutschen Angestellten Krankenkasse (DAK)).
- Es bleibt weniger Raum für gemeinschaftliches Lernen und Persönlichkeitsentwicklung. Wertvolle zwischenmenschliche Beziehungen unter den SchülerInnen, wie auch zu LehrerInnen, Familie sowie FreundInnen leiden unter den erhöhten Leistungserwartungen, die nach unserer Wahrnehmung derzeit in vielen G8-Jahrgängen festzustellen sind. Dies bestärkt die aus unserer Sicht problematische gesellschaftliche Tendenz von Konkurrenzdenken, Existenzangst und Bewährungsdruck. Außerdem führt dies unserem Erachten nach zu einer Zunahme der Zahl verhaltensauffälliger Kinder, die eine erhöhte individuelle Betreuung benötigen.
- Ehrenamtliches soziales, pädagogisches und politisches Engagement von und für SchülerInnen wird auch in der aktuellen Debatte zu Demokratie in der Schule nicht berücksichtigt. Die Aufstockung der Unterrichtszeiten, der zusätzliche Nachmittagsunterricht und das Mehr an Hausaufgaben erschweren unersetzliche freiwillige und entwicklungsfördernde Beschäftigungen der SchülerInnen außerhalb der Schule. Besonders spürbar wird dies in unserer alltäglichen KSJ-Gruppenarbeit. Es wird zunehmend schwieriger, Kinder und Jugendliche für ein dauerhaftes Engagement in Jugendverbänden zu motivieren.
- Auch die Belastung der LehrerInnen steigt durch die deutliche Stoffverdichtung und die ungenügend geklärten Rahmenbedingungen. Begrüßenswerte Ansätze der Reform, wie zum Beispiel Intensivierungs- und Förderstunden, kleinere Klassengrößen und fächerübergreifender Unterricht, scheitern am Mangel von Lehrpersonal. Diese Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen für LehrerInnen haben direkte Auswirkungen auf die Qualität von Lehre und Unterricht.
- Längere Auslandsaufenthalte werden aufgrund der verkürzten Schulzeit schwieriger. Vor der gymnasialen Schulzeitverkürzung gab es für SchülerInnen in der Jahrgangsstufe 11 die Möglichkeit zu einem einjährigen Auslandsaufenthalt. Nach der G8-Reform werden nun bereits in der 11. Jahrgangsstufe Punkte für die Abiturnote gesammelt, die den SchülerInnen durch einen Auslandsaufenthalt fehlen würden.
- Tage religiöser Orientierung, SV-Schulungen und SMV-Arbeit sind aus unserer Sicht wesentliche Punkte einer ganzheitlichen Bildung. Als Träger der außerschulischen Jugendbildung haben wir in der jüngsten Vergangenheit festgestellt, dass durch die Verdichtung der Lehrpläne den SchülerInnen solche Angebote des non-formalen Lernens vorenthalten werden.

Forderungen

Als SchülerInnen fordern wir den gleichberechtigten Dialog mit Verantwortlichen aus Schule und Politik. Schule ist für uns ein zentraler Lern- und Lebensraum, den wir aktiv mit- und

umgestalten wollen. In dieser Auseinandersetzung wollen wir uns als ExpertInnen für Bildung und Schule mit folgenden Positionen und Forderungen einbringen:

- Die G8-Reform zwingt zu grundlegenden und kontinuierlichen Veränderungen der Lehrpläne. Neben den reduzierten Inhalten gemäß dem verminderten Zeitvolumen bedürfen die Lehrpläne neuer Vorgaben. Im Mittelpunkt müssen neben fachlichen auch kompetenzorientierte Inhalte stehen. Dabei muss immer im Auge behalten werden, dass ein wichtiges Bildungsziel an Gymnasien die Vermittlung der universitären Studierfähigkeit ist. Eine fundierte Hochschulreife ist die beste Prävention gegen Studienabbrüche und gegen verlängerte Studienzeiten. Eine solche Hochschulreife ist zugleich Garant für spätere berufliche Wahlmöglichkeiten.
- In die Erarbeitung der Lehrpläne und Kerncurricula müssen alle Beteiligten des Lebensraums Schule intensiv mit einbezogen werden (SchülerInnen, LehrerInnen, Lehramtsstudierende, Verantwortliche aus Hochschule und Ausbildung...). Es ist Aufgabe der Ministerien, die Schulen bei der oben genannten Umstellung zu begleiten und durch die Bereitstellung von Musterlehrplänen, Kerncurricula und entsprechend ausgearbeiteten Lehrbüchern zu unterstützen.
- Die Unterrichtsformen müssen den neuen Rahmenbedingungen angepasst werden. Dazu sind kleinere Klassen, Individualförderung, handlungsorientiertes Lernen, Teamteaching, fächerübergreifender Unterricht, die Abschaffung der starren 45min-Lehreinheiten zugunsten flexibler Unterrichtszeiten und eine Reduzierung der Fächer pro Tag notwendig.
- Es müssen finanzielle, räumliche und vor allem personelle Voraussetzungen für ganzheitliche Bildungs- und Kooperationsprojekte zwischen Jugendarbeit und Schule sowie für einen qualitativ hochwertigen Schulbetrieb an Vor- und Nachmittag geschaffen werden. Die einzelnen Schulträger müssen eine angemessene Verpflegung, ein Angebot an Rückzugsräumen, eine Klärung der Aufsichtsfragen und den Unterricht ausgleichende Angebote für SchülerInnen zur Verfügung stellen.
- SchülerInnen stehen im Mittelpunkt unseres Handelns. Daher sind auch wir aufgefordert unsere Arbeit einer ständigen Reflexion zu unterziehen und sie konkret der Lebenswirklichkeit von Kindern und Jugendlichen anzupassen. Um deren Engagement zu fördern, Begabungen zu stärken, Verantwortung, Demokratie sowie Werte zu vermitteln, ist eine Kooperation mit der Jugendverbandsarbeit in die Schule zur Wahrung ihres gesellschaftlichen Auftrags notwendig.
- Die gesetzlichen Höchstarbeitszeiten für ArbeitnehmerInnen dürfen auch für SchülerInnen nicht überschritten werden. Es muss genügend Freizeit zur Verfügung stehen, um sich selbstständig und eigenverantwortlich in Gruppen und Verbänden engagieren zu können. Die SchülerInnen müssen daher spätestens um 16.00 Uhr den Unterricht beenden können. Die Erledigung der Hausaufgaben muss im Rahmen dieser Schulzeit mit individueller Förderung möglich sein.
- Nur gut ausgebildete, zufriedene und motivierte LehrerInnen können gelingenden Unterricht vorbereiten und durchführen. Dazu braucht es eine reformierte LehrerInnen Ausbildung, ein ausgewogenes SchülerIn-LehrerIn-Verhältnis, Instrumente zur Förderung besonders engagierter Lehrkräfte, individuell gestaltbare Fortbildungsmöglichkeiten für LehrerInnen und entlastende Angebote (Supervision, Schulseelsorge, kollegiale Beratung, Sabbatjahr). Auch müssen SchulleiterInnen und

das Lehrpersonal in Fortbildungen über die veränderten Rahmenbedingungen informiert und in dieser Hinsicht vorbereitet werden.

- Schulen benötigen eine Verstärkung des schulpsychologischen, sozialpädagogischen und schulpastoralen Dienstes zur Unterstützung und Förderung von Schüler- und Lehrerschaft zur Erfüllung des Bildungsauftrags.
- Wir fordern, dass die Möglichkeit eines freiwilligen Auslandsaufenthaltes nach Ablauf der Sekundarstufe I erhalten bleibt und dort erbrachte Leistungen anerkannt werden.
- Es soll weiterhin die Möglichkeit bestehen bleiben, das Abitur nach 13 Jahren zu absolvieren. Hier darf es nicht zu einer Abwertung dieser Bildungswege aufgrund des zusätzlichen Jahres oder zu weiteren Schulzeitverkürzungen kommen.
- Die Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Schulformen muss endlich hergestellt und darf nicht durch die gymnasiale Schulzeitverkürzung erschwert werden. Die Gymnasien sollen mit Unterstützung der Ministerien geeignete Konzepte entwickeln, um SchülerInnen von Real- und Hauptschulen den problemlosen Übergang zum Gymnasium zu erleichtern.
- Kontinuierliche Evaluationen im Auftrag der Landesregierungen, gemeinsam mit SchülerInnen, sollen die Qualität der jeweiligen Schule erfassen und weitere Entwicklungsschritte und Nachbesserungen im G8-Prozess veranlassen bzw. durchführen. Ebenfalls fordern wir eine bundesweite Erhebung der Auswirkungen der G8-Reformen auf das Verhalten der Schülerinnen und Schüler in Schule und Freizeit.